

Schweiz

Burkaverbot kommt unerwartet gut an

Tamedia-Umfrage Die Initiative für ein Verhüllungsverbot könnte für Justizministerin Karin Keller-Sutter im Fiasko enden. Mitschuldig an der schlechten Ausgangslage ist auch ihre eigene Partei, die FDP.

Gregor Poletti

Die St. Galler Bundesrätin ist bekannt dafür, dass sie kämpfen kann: dossiersicher, mit vollem Einsatz und bis zum bitteren Ende. Das ging bisher immer gut. Viermal verliess Karin Keller-Sutter die Arena nach harten Abstimmungskämpfen als Siegerin. Das letzte Mal allerdings denkbar knapp: Nur dank dem Ständemehr wurde die Konzernverantwortungsinitiative im vergangenen November abgelehnt. Dieser Erfolg provozierte viel Kritik, auch an ihrem grossen Engagement. Denn ohne dieses wäre die Abstimmung nicht zu gewinnen gewesen.

Doch bei der Initiative für ein Verhüllungsverbot, besser bekannt als Burka-Initiative, sind die Vorzeichen ganz andere. Das zeigt sich bei der ersten Umfrage: Das Volksbegehren des Egerkingener Komitees stösst bei 63 Prozent der über 15'000 Teilnehmenden an der Erhebung von Tamedia und «20 Minuten» auf Zustimmung. Die Volksinitiative verlangt, dass schweizweit niemand sein Gesicht verhüllen darf. Das Verbot würde an allen Orten gelten, die öffentlich zugänglich sind – so zum Beispiel auf den Strassen, in Restaurants oder Museen.

Es gibt drei zentrale Faktoren, die es der Justizministerin erschweren, am 7. März einen Sieg zu erringen:

— **Ihre eigene Partei:** Im Bundeshaus konnte sie zwar noch die Mehrheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier hinter sich scharen. Lediglich die beiden Nationalräte Marcel Dobler (LU) und die Waadtländerin Jacqueline de Quattro befürworteten die Burka-Initiative. Es ist jetzt auch die Waadtländer FDP, die ausser und bereits die Ja-Parole beschlossen hat. Die grosse Sympathie der Basis für die Vorlage widerspiegelt sich eindrücklich in der Umfrage: 72 Prozent befürworten ein Burkaverbot. Dies, obwohl die Parteipräsidentenkonferenz fast einstimmig die Nein-Parole beschlossen hat. Es ist absehbar, dass es an der Delegiertenversammlung vom 6. Februar zu hitzigen Diskussionen kommen wird.



63 Prozent der Befragten möchten den Frauen verbieten, in der Öffentlichkeit das Gesicht zu verschleiern. Foto: Niels Wenstedt (EPA)

— **Fehlendes Engagement:** Dass die zuständige Justizministerin Karin Keller-Sutter einen Sonder-effort leistet, um etwa ihre Parteibasis noch von einem Nein zur Burka-Initiative zu überzeugen, ist unwahrscheinlich. Bereits im Dezember erklärte die freisinnige Magistratin gegenüber SRF, dass ihr zweites Abstimmungsgeschäft, die E-ID, für sie «schon

etwas im Vordergrund» stehe. Auch die übrigen Gegner eines solchen Verhüllungsverbots mochten sich bisher noch nicht ins Zeug legen. Eine flächendeckende Plakatkampagne werde man nicht fahren, sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni, der das überparteiliche Parlamentarier-Komitee anführt: «Für ein solches Scheinproblem gibt kaum je-

mand Geld, um eine grosse Kampagne zu lancieren.» Die wenigen hiesigen Nikab-Trägerinnen seien weder Unterdrückte noch Salafistinnen, sondern Punks mit religiösem Touch. Was kaum jemand öffentlich sagt, aber offensichtlich ist: Die Gegner der Vorlage wollen die Diskussion gar nicht gross bewirtschaften, weil dies eh nur den Befürwortern helfe. Das sei eine der Lehren aus der Minarett-Initiative.

— **Ihre eigene Vergangenheit:** In ihrer Zeit als St. Galler Regierungsrätin hatte die heutige Justizministerin noch für ein Verhüllungsverbot gekämpft – und das erfolgreich. Nun stellt sich Keller-Sutter gegen ein schweizweites Verhüllungsverbot. Aus ihrer Sicht kein Widerspruch, wie sie in der Nationalratsdebatte letzten Juni ausführte: Die Verhüllung aus religiösen Gründen sei zwar ein Zeichen des erzkonservativen radikalen Islam und dränge Frauen in eine bestimmte Rolle. Das passe nicht

in die Schweiz. Zentral sei für die Regierung aber, dass durch die Initiative die kantonalen Kompetenzen unnötig eingeschränkt würden. Nebst St. Gallen kennt auch der Kanton Tessin ein Verhüllungsverbot.

Keine Vorlage im Trocken

Auch die zweite Abstimmungsvorlage, die Keller-Sutter vertreten muss, steht laut der Umfrage auf wackligen Füßen: Nur gerade 45 Prozent sprechen sich für das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) aus, 47 Prozent unterstützen das Referendum. Wenigstens weiss die Justizministerin bei dieser Vorlage die Mehrheit der FDP-Anhänger auf ihrer Seite, nämlich 59 Prozent.

Noch komplett offen ist laut den Studienautoren die Abstimmung zum Freihandelsabkommen mit Indonesien: 20 Prozent der Befragten geben an, noch keine Stimmabsicht zu haben, die Ja- und Nein-Stimmen halten sich in etwa die Waage.

Tamedia-Umfrage zur Abstimmung vom 7. März 2021

Total 15'089 gewichtete Antworten der 1. Welle, in Prozent

■ Ja ■ eher Ja ■ keine Angabe ■ eher Nein ■ Nein

Initiative zum Verhüllungsverbot

52 11 2 7 28

Abstimmung zum E-ID-Gesetz

29 16 8 15 32

Freihandelsabkommen mit Indonesien

26 15 20 14 25

Grafik: mre / Quelle: Umfragetage: 18.–19. Januar 2021. Max. Stichprobenfehlerbereich: +/-1,3 Prozentpunkte. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Leewas GmbH der Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt. Weitere Informationen unter www.tamedia.ch/de/umfragen

Schweizer Botschafter befremdet mit Trump-Aussage

Freihandelsabkommen Jacques Pitteloud sorgt mit einem Interview für Zustimmung und Widerspruch in Bern.

«Unter Trump hätten wir vielleicht eine grössere Chance gehabt.» Diesen Titel trägt ein aktuelles Interview des Schweizer Botschafters in den USA, Jacques Pitteloud. Mit «Blick» sprach er über die Chancen eines Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und den USA. Und sagte wörtlich: «Hätte Trump eine zweite Amtszeit bekommen, hätten wir vielleicht eine etwas grössere Chance gehabt. Die neue Regierung um Joe Biden muss sich erst mal mit anderen Problemen befassen.» Man werde sich aber weiterhin um ein Freihandelsabkommen bemühen.

Wie sachdienlich ist es, wenn der Botschafter in Washington

die neuen Verhandlungspartner der Administration Biden öffentlich so qualifiziert? Für das Auswärtige Departement in Bern ist dies jedenfalls kein Problem. Denn die Berner EDA-Zentrale hat Pittelouds Interview vor der Veröffentlichung autorisiert.

Das EDA geht mit Pitteloud denn auch auf Nachfrage einig. Sprecherin Elisa Raggi erwartet, «dass sich die neue Administration vermutlich zuerst auf die interne wirtschaftliche Lage konzentriert, bevor sie mit anderen Ländern Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufnimmt».

Anders tönt es aus dem Parlament. Der Zürcher Nationalrat

Fabian Molina (SP) fragt sich, weshalb denn die Schweiz in den letzten vier Jahren keinen Schritt weiter kam in dieser Frage, wenn doch die Administration Donald Trump so gut gewesen sei. Bis heute habe man ja noch nicht einmal Vertragsverhandlungen aufgenommen. «Bevor wir den Stab über der Administration Biden brechen, warten wir nun einmal ab», schlägt er vor.

Aussenpolitiker Nik Gugger (ZH) von der Mitte-Fraktion findet die Aussage Pittelouds «etwas unbedarft». Sie sei geeignet, Irritationen in der Administration Biden hervorzurufen, zumal der neue US-Präsident kein Sozialist sei, sondern ebenfalls an guten

Geschäften interessiert. Und Christa Markwalder (FDP, BE) sagt als Präsidentin der parlamentarischen Vereinigung Schweiz-USA: «Ich lese Pittelouds Aussagen als «expectation management» gegenüber dem heimischen Publikum». Der Botschafter versuche gewissermassen, die Erwartungen zu dämpfen.

Grüne und SVP stören sich

Kritik an Pitteloud kommt vonseiten der Grünen. Diese sind gegen ein Freihandelsabkommen, aus Umweltüberlegungen. Für Nationalrätin Sibel Arslan (BS) ist die Bemerkung Pittelouds «aus staatspolitischer Perspektive befremdend». Arslan stört,

«dass sich der Schweizer Botschafter so äussert, noch bevor er sich mit der Administration des Präsidenten erstmals ausgetauscht hat». Möglich sei nun sogar ein besseres Abkommen.

«Pittelouds Einschätzung ist kaum falsch», meint der St. Galler SVP-Nationalrat Rino Büchel. Die kritisierte Bemerkung stösst ihm trotzdem auf. «Es gibt Momente zu reden. Und es gibt Momente zu schweigen», sagt er. Das gelte speziell für Botschafter. Aussenminister Cassis und Bundespräsident Parmelin hätten Pitteloud nun klar zu signalisieren, «was geht und was nicht».

Beni Gafner

Klare Impfziele für Kantone

Statistik Ab heute will der Bund zweimal wöchentlich über die Impffzahlen in allen Kantonen informieren. Dies, nachdem sich die Veröffentlichung der Statistik zuletzt mehrfach verzögert hatte. Die neue Statistik soll laut Gesundheitsminister Alain Berset Aufschluss darüber geben, wie viele Impfungen die Kantone bisher durchgeführt haben, wie viele Impfdosen verabreicht wurden und wie viele Personen bereits geimpft sind. «Die Impfkapazitäten sind vorhanden, müssen aber stetig vergrössert werden», so Berset.

Er formulierte zudem ein Impfziel an die Adresse der Kantone: Ab Februar müssten in allen Kantonen täglich 525 Dosen pro 100'000 Einwohner verabreicht werden, dies an sieben Tagen pro Woche. Ab dann soll auch mehr Impfstoff zur Verfügung stehen. Im Juni müsse die Impfkapazität dann dreimal höher sein, also täglich 1550 Dosen pro 100'000 Einwohner betragen. (sda)

Livia Leu startet Mission in Brüssel

Europa Ein Anfang ist gemacht: «Wir haben jetzt einen Prozess gestartet», sagte Staatssekretärin Livia Leu nach dem ersten Treffen mit Stéphanie Riso, im Kabinett von Ursula von der Leyen zuständig für das Rahmenabkommen. Zum Inhalt wollte die Schweizer Chefunterhändlerin nichts sagen. Ein nächstes Treffen könnte bereits nächste Woche stattfinden, wie es aus EU-Kreisen hiess.

Nach dem langen Stillstand nun plötzlich Tempo. «Diese Begegnung war eine Kontaktaufnahme, eine erste Diskussion», gab sich auch Eric Mamer zurückhaltend, Chefsprecher der Kommissionspräsidentin. Die Position der Kommission sei bekannt: «Wir erwarten von der Schweiz, dass sie Fortschritte macht bei der Unterzeichnung und der Ratifizierung des Abkommens». Vorerst also keine Anzeichen von Flexibilität etwa bei der Rolle des Europäischen Gerichtshofs. (sti)

Junge Menschen häufiger depressiv

Psychische Gesundheit Verglichen mit dem ersten Shutdown im Frühling ist die Zahl der Personen, die unter schwer depressiven Symptomen leiden, stark angestiegen. Im April gaben bei einer Befragung 9 Prozent an, unter depressiven Symptomen zu leiden. Im November waren es 18 Prozent. Das Stressniveau ist in der Schweiz im Vergleich zum ersten Shutdown im April 2020 deutlich gestiegen, wie die jüngste Umfrage der wissenschaftlichen Covid-Taskforce des Bundes zeigt, die gestern veröffentlicht wurde.

Am stärksten unter psychischen Problemen leiden gemäss der Studie junge Menschen, Personen, die infolge der Pandemie finanzielle Einbussen erlitten, und Menschen in der Westschweiz, wo die zweite Pandemiewelle am stärksten war, wie die Taskforce mitteilte. Die Umfrage wurde vom 11. bis 19. November 2020 durchgeführt. Befragt wurden 11'612 Personen aus der ganzen Schweiz. (sda)